Ressort: Politik

Grüne unterstützen Gesetzesänderung bei Maklergebühren

Berlin, 25.02.2019, 15:31 Uhr

GDN - Die Grünen im Bundestag unterstützen den Gesetzesentwurf, wonach die Maklergebühren bei Wohnimmobilien künftig nach dem Bestellerprinzip vor allem von den Verkäufern getragen werden sollen. "Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung das Abkassieren der Makler begrenzt", sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagsausgaben).

Nach den Plänen von Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) soll künftig derjenige den Makler bezahlen, der ihn bestellt hat. "Dadurch würden die meisten Käuferinnen und Käufer um einen fünfstelligen Betrag und den größten Teil ihrer Kaufnebenkosten beim Wohnungskauf entlastet." Die Grünen-Fraktionschefin begrüßt, dass Barley "jetzt unseren Gesetzesentwurf vom Herbst aufgegriffen hat". Allerdings hofft die Oppositionspolitikerin, dass die SPD den Kurs auch verfolgt und nicht vor ihrem Koalitionspartner einknicken werde. "Statt immer wieder die Senkung der Grunderwerbsteuer ins Gespräch zu bringen, sollte auch die Union endlich die kartellähnliche Stellung der Makler in den meisten Wohnungsmärkten beenden", sagte Göring-Eckardt den Funke-Zeitungen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-120652/gruene-unterstuetzen-gesetzesaenderung-bei-maklergebuehren.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619